



# Atomkonzerne entmachten!

Castor stoppen,  
Energiewende  
sozial gestalten.

**DIE LINKE.**

# Atomkonzerne entmachten!

Der Rauch über dem brennenden Atomkraftwerk von Fukushima ist gerade erst verzogen und schon wieder sollen neue Castoren ins Wendland fahren. Dabei ist das Zwischenlager in Gorleben als Depot für den radioaktiven Abfall völlig ungeeignet. Die Strahlenwerte liegen schon jetzt über dem gesetzlichen Limit, obwohl das Gebäude erst zu 25 Prozent ausgelastet ist. Nach dem Willen der Atomlobby sollen jedoch noch weitere Castoren eingelagert werden, zumindest bis ein Endlager für sie gefunden wird.

Hierfür ist der Salzstock in Gorleben vorgesehen. Dort betreiben die drei Energieriesen E.ON, RWE und Vattenfall gemeinsam mit der bundeseigenen Energiewerke Nord GmbH ein Erkundungsbergwerk. Obwohl Salzstein relativ instabil ist, es Kontakt zum Grundwasser gibt und in der Erde explosive Erdgasvorkommen vermutet werden, erklärte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) dem Standort Priorität zu geben.

*DIE LINKE fordert, dass der Ausbau des Salzstocks sofort abgebrochen und Gorleben als Atommülllager aufgegeben wird. Eine verantwortungsvolle Umweltpolitik braucht ein völlig neues Konzept, das nicht davon ausgeht, dass man sich des radioaktiven Abfalls ein für alle Mal entledigen kann.*

Nicht nur die mit dem Strahlenmüll verbundenen Probleme, sondern auch die Atomkraftwerke bergen untragbare Risiken. Wenn sie selbst in einem hochtechnisierten Land wie Japan nicht sicher sind, dann ist der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomwirtschaft die einzig vernünftige Konsequenz.

Der »Kompromiss« zum Atomausstieg, auf den sich CDU, FDP, SPD und Grüne geeinigt haben, will die Bevölkerung weitere elf Jahre diesen Gefahren aussetzen. Nur acht der siebzehn Atomkraftwerke in Deutschland sollen sofort stillgelegt werden. Obwohl noch drei zusätzliche Meiler vom Netz gehen könnten, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

*DIE LINKE hat ein Programm für den unverzüglichen Atomausstieg erarbeitet, nach dem elf Atomkraftwerke sofort stillgelegt werden könnten. Alle verbleibenden Reaktoren sollen bis 2014 schrittweise vom Netz genommen werden. Darüber hinaus will DIE LINKE den Atomausstieg im Grundgesetz festschreiben, damit er unumkehrbar wird.*

Der von der Bundesregierung geplante Atomausstieg sollte die Öffentlichkeit nach der Fukushima-Katastrophe nur beruhigen. Doch praktisch werden die Atomkraftwerke erst dann abgeschaltet, wenn sie sich für die Stromkonzerne wirtschaftlich rentiert haben. Das Risiko und die Folgekosten hat indes die Gesellschaft zu tragen.

Auch die Kosten des ökologischen Umbaus sollen auf die Bevölkerung abgewälzt werden. Solange keine Maßnahmen zur Entmachtung der großen Stromkonzerne vorgenommen werden, schlagen diese die anfallenden Kosten auf den Strompreis und lassen sie somit von uns allen begleichen.

*DIE LINKE will diejenigen zahlen lassen, die auf Kosten der Gesellschaft jahrzehntelang Profite mit Atomenergie gemacht haben und fordert deshalb eine wirksame Strompreisaufsicht. Auf lange Sicht brauchen wir aber eine grundsätzlich andere Energiepolitik. Dazu muss die Energieversorgung wieder in öffentliche Hand überführt werden.*

**Proteste gegen den  
Castor-Transport vom  
24. bis 27. November 2011**

**26. November 2011:**

Demonstration in Dannenberg/Wendland

**24. und 25. November 2011:**

Südblockade 2011 in Berg/Pfalz

## **DIE LINKE.**

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Telefon: 030/24 00 92 31, Fax: 030/24 00 95 41  
info@die-linke.de

**www.die-linke.de**

V.i.S.d.P.: Caren Lay, Werner Dreibus